Nr. 355 / A 180 Sonntags-Ausgabe

Berlin

Sonntag, 29. Juli 1928 / V

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

20 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereint. Täglich: „Unterhaltungsblatt", „Finanz- und Handelsblatt" — Sonntag Die illustrierte Beilage „Zeitbilder" und „Literarische Umschau". — Mittwoch: „Reise und Wanderung". — Donnerstag: „Recht und Leben".

Wöchentlich 1,— Mark, monatlich 4,30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise: mm-Zeile 30 Pfennig, Familien-Anzeigen mm-Zeile 18 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag Ullstein Chefredakteur: Georg Bernhard Verantw. Redakteur im Ausn. d Handelsteile: Carl Misch, Berlin Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein. Amt Dönhoff (A 7) 3600—3965 für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 600.

Einigung mit Paris

Beilegung des Besatzungs-Zwischenfalles

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

1st **Paris**, 28. Juli

Wie in allen romanischen Ländern, so pflegt auch in Frankreich eine noble politische Geste ihre Wirkung niemals zu verfehlen, und als eine solche Geste politischer Großzügigkeit wird hier die, wenn zunächst auch nur unverbindlich, gegebene Zusage des deutschen Außenministers, zur Unterzeichnung des Kelloggpaktes nach Paris zu kommen, interpretiert. Die einfache Meldung, daß Herr Stresemann gewillt sei, Briands Einladung anzunehmen, hat genügt, die mehr oder weniger künstliche Erregung, die das Wiederaufleben der Rheinland- und Anschlußkontroverse in den letzten acht Tagen hier ausgelöst hat, mit einem Schlage verebben und in der Diskussion der deutsch-französischen Probleme die Stimme der Vernunft wieder zu Wort kommen zu lassen.

Das erste praktische Ergebnis von Stresemanns in jeder Hinsicht zu begrüßenden Initiative ist die mühelose Beilegung des durch das Auslieferungsbegehren der französischen Besatzungsbehörden geschaffenen Konfliktes, der erneut die Beziehungen zwischen den beiden Ländern auf eine harte Belastungsprobe zu stellen drohte. Unsere gestern ausgesprochene Vermutung, daß eine vernünftige Vorstellung bei den hiesigen zuständigen Behörden genügen würde, die leidige von unverbesserlichen Militärs eingebrockte Affäre aus der Welt zu schaffen, hat sich in vollem Umfange bestätigt. Der deutsche Botschafter v. Hoesch, der heute mittag in Abwesenheit des im Urlaub befindlichen Außenministers Briand darüber mit dem Generalsekretär des Quai d'Orsay, Philippe Berthelot, verhandelt hat, ist bei diesem auf volle Verständigung der deutschen Auffassung gestoßen. In einer freimütigen Aussprache konnte die Basis für eine den berechtigten Interessen der beiden Länder Rechnung tragende Einigung gefunden werden.

In welcher Weise die Beilegung erfolgen wird, darüber sind die Verhandlungen noch im Gange. Schon jetzt aber kann als gesichert gelten, daß dies unter voller Schonung der deutschen Souveränität geschehen wird, wahrscheinlich in der Weise, daß Frankreich sein Auslieferungsbegehren zurückzieht gegen die deutsche Zusicherung einer objektiven Untersuchung des Zwischenfalles und einer Bestrafung der Schuldigen.

Auch sonst machen sich die Rückwirkungen von Stresemanns angekündigtem Pariser Besuch bereits in recht erfreulicher Weise bemerkbar. Selbst die Presse der äußersten französischen Rechten hat über Nacht den Ton geändert. Nach dem ultranationalistischen „Echo de Paris", das heute morgen zum ersten Male ohne jeden Rückhalt die Loyalität der auf eine aufrichtige Versöhnung mit Frankreich abzielenden Politik des republikanischen Deutschlands anerkannt hat, ist es heute nachmittag die im Fahrwasser des extremsten Chauvinismus schwimmende „Liberté", die Stresemann einer „wenn nicht enthusiastischen, so doch korrekten Aufnahme in Paris" versichert und, ohne den üblichen Protest, von dem „durchaus natürlichen Wunsche Deutschlands nach einer vorzeitigen Räumung der besetzten Gebiete" spricht, die durch Stresemanns Anwesenheit in Paris sicher gefördert und beschleunigt werde.

Um so merkwürdiger berührt es, daß Blätter, die allgemein als der französischen Linken nahestehend angesehen werden, ihre seit Tagen geführte Kampagne gegen eine Räumung des Rheinlandes ohne deutsche Gegenleistung mit ungeminderter Heftigkeit fortsetzen, allen voran der „Quotidien" und die „Ere Nouvelle". Hier ist allerdings eine wichtige Richtigstellung erforderlich. Beide Blätter, die als Organe der französischen Linken gegründet wurden und sich nach außen hin den Anstrich demokratischer Grundeinstellung geben, segeln seit langem unter falscher Flagge. Der „Quotidien", der sich einst das „Organ der anständigen Leute" nannte und aus dessen Redaktion vor zwei Jahren nach Aufdeckung finanzieller Schiebungen und anderer unsauberer Machenschaften alle anständigen Leute, etwa 40 an der Zahl, gemeinsam austreten sind, hat sich längst in das Schlepptau schwerindustrieller Interessen begeben.

Auch die „Ere Nouvelle", die in paradogem Widerspruch zu ihrem Untertitel „Organ für den Zusammenschluß der Linken" schon lange vor den letzten Wahlen ihren ganzen Einfluß für die Unterhöhlung des Kartells und die Sprengung der Einheitsfront der französischen Linksparteien eingesetzt hat, gehört zu den Blättern, für die die Devise gilt: „Wes Brot ich eß, des Lied ich sing." Bei den französischen Zeitungen aber, von denen nur ein kleiner Teil aus eigenen Kräften zu bestehen vermag, pflegen die Geldgeber und damit die politischen Tendenzen manchmal sehr plötzlich und unvermutet zu wechseln. Man wird unter diesen Umständen die gegen die Verständigung gerichtete Polemik der beiden sogenannten Linksblätter in Deutschland wirklich nicht tragisch zu nehmen brauchen.

Das Anschlußfest

Von

Georg Bernhard

Das Bundesfest der deutschen Sänger in Wien hat reichen sommerlichen Stoff für internationale Pressefehden gegeben. Wie man gerechterweise anerkennen muß, nicht ganz ohne Verschulden unserer deutschen Landsleute, die in Wien gesprochen haben. Der verehrte Präsident des Deutschen Reichstages hat seinem Temperament gestattet, mit seinem deutschen Herzen durchzugehen, ohne es durch die Erwägung zu zügeln, daß er bei der Wärme seines Tones und seines Humors vielleicht auch mit einer etwas politischeren Fassung seiner Worte die Hörer genugsam begeistert und mitgerissen hätte. Aber auch das hätte vielleicht doch nicht viel genützt. Denn einige tschechische und einige französische Blätter können es nun einmal nicht lassen, den Wunsch der Reichsdeutschen und der Oesterreicher, ihre nationale Einheit auch durch staatliche Verschmelzung bekräftigen zu dürfen, als ein politisches Teufelswerk zu werten. Man schüttelt den Kopf, wenn man liest, was aus diesem Anschlußbegehren alles gefolgert werden soll. Insbesondere sollen sich darin von neuem die alten „pangermanistischen" Neigungen bekunden, die man vor dem Krieg als alldeutsch bezeichnete. Das Alldeutschtum der Vorkriegszeit hat ja in der Tat von einem deutschen Weltreich geträumt, unter dessen Banner sich alles vereinigen sollte, was in deutscher Zunge redete, und was irgendwo in der Welt wohnte. Dieses Alldeutschtum der Vergangenheit hat ja auch in den deutschen Grenzländern irredentistische Pläne unterstützt. Aber heute ist weder von einem Pangermanismus noch von einem solchen Alldeutschtum die Rede. Ein paar Narren solcher Färbung mögen auch in der deutschen Republik noch herumlaufen. Aber wollen die Regierenden des tschechoslowakischen Staates behaupten, daß eine irgendwie maßgebliche Schicht des deutschen Volkes die Sudetendeutschen aus dem tschechischen Staatsverbande zu trennen beabsichtigt? Kann Mussolini im Ernst, oder können auch nur mit einem Hauch von Recht die Südtiroler die Behauptung aufstellen, daß man im Deutschen Reiche nach ihren von Deutschen bewohnten Gebieten strebt? Ist endlich in Frankreich ein begründeter Anlaß zu der Furcht vorhanden, daß man die Elsässer wieder (obwohl sie selbst es gar nicht wollen) von Frankreich zu trennen plante? Gerade der Zusammenschluß Oesterreichs und Deutschlands bedeutet ja den Verzicht auf solche weitliegenden Pläne. Man will lediglich auch für die Deutschen von dem Recht der Selbstbestimmung der Völker Gebrauch machen, das einer der ideologischen Grundpfeiler der Friedensverträge von 1919 gewesen ist. Freilich, von diesem Recht sind zwei souveräne Staaten ausgenommen worden: Deutschland und Oesterreich. Aber selbst die Urheber der Friedensverträge haben nicht gewagt, diesen beiden Staaten das Recht auf Selbstbestimmung völlig abzuerkennen. Nur die Ausübung dieses Rechtes hat man ihnen erschweren wollen. Der Anschluß Oesterreichs an Deutschland bedarf der Zustimmung des Völkerbundes. Aber ist es deshalb ein Verbrechen, den Willen zu bekunden? Ist es besonders schlimm, durch die immer erneute Betonung dieses Willens allmählich bei den Völkerbundmächten eine Stimmung hervorzurufen, die sie endlich zur Zustimmung bereit macht? Oesterreich und Deutschland betrachten sich als verlobt. Und sie warten auf die Zustimmung ihrer Vormünder zur Ehe.

*

Es gibt niemanden in beiden Ländern, der sich nicht darauf einrichtet, daß der Vormundschaftsrat lange Zeit brauchen wird, um die Einwilligung zu erteilen. Ein Teil der Vormünder geht selbst auf Freiersfüßen. Der tschechoslowakische Außenminister Dr. Benesch träumt von einer engeren Handelsverbindung mit Oesterreich. Gewisse italienische Kreise spielen vielleicht sogar mit Annektionsgedanken, sind aber mindestens für den Kriegsfall darauf gerüstet, die Braut durch mehr oder weniger vorübergehende Besetzung Oesterreichs unter Kuratel zu stellen. Frankreich, das natürlich keine Pläne auf Oesterreich hat, will es zu Italien nicht lassen und fürchtet in einem mitteleuropäischen Block, wenn er auch vorläufig nur handelspolitisch frisiert ist, eine Erleichterung habsburgischer Renaissance, sieht aber in dem Anschluß die neue Vergrößerung und Verstärkung des angeblich von ihm gefürchteten Deutschland. Und England will gar nichts als diesen Streit der Interessen, der ihm die willkommene Garantie dafür bietet, daß Europa sich noch möglichst lange nicht einigt. Das alles wissen wir in Deutschland genau. Und niemand denkt daran, einer natürlichen Entwicklung und Entwirrung dieser Verhältnisse vorgreifen zu wollen. Kein Gedanke an Gewalt. Kein Gedanke an Bruch der geschlossenen Verträge. Weshalb also die großen Worte? Weshalb die scheinbar so tiefe Erregung?

*

Bei der Bekundung des Anschlußwillens der Deutschen und der Oesterreicher handelt es sich in der Gesamtheit um keinerlei

Die Arbeit des Völkerbundes

Der Tätigkeitsbericht für die Septembertagung

jb **Genf**, 28. Juli

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

Der gewöhnlich sechs Wochen vor der Völkerbundsversammlung fertiggestellte Bericht des Generalsekretärs über die Tätigkeit des Völkerbundsrates, des Sekretariats und der übrigen Organe des Völkerbundes, der diesmal für die am 3. September beginnende 9. Völkerbundsversammlung bestimmt ist, umfaßt in diesem Jahre 120 Druckseiten. Er enthält den Bericht bis zum 15. Mai. Für die Zeit bis Ende September wird der Völkerbundsversammlung ein Ergänzungsbericht vorgelegt werden.

Aus dem gegenwärtigen Bericht ist interessant, daß er daran erinnert, daß noch vor der nächsten Völkerbundsversammlung eine Sitzung der unter dem Vorsitz des deutschen Delegierten, Grafen Bernstorff, stehenden Kommission für die Schaffung eines internationalen Abkommens zur Kontrolle der Rüstungsindustrie stattfinden muß, da eine Tagung der Abrüstungskommission vor der Völkerbundsversammlung kaum noch stattfinden dürfte. Wie erinnerlich, steht die Kontrolle der Rüstungsindustrie insofern mit der Abrüstungsfrage in Zusammenhang, als eine besondere Konferenz für die Konvention zur Kontrolle der Rüstungsindustrie einberufen werden soll, wenn die internationale Abrüstungskonferenz nicht noch im Laufe dieses Jahres stattfindet.

Nicht uninteressant ist auch, daß die Wirtschaftsfragen diesmal in dem Bericht einen viel größeren Raum einnehmen als früher, infolge der von dem Bericht selbst übrigens hervorgehobenen Tatsache der starken Erweiterung der Tätigkeit des Völkerbundes auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet. In dieser Domäne glaubt die Völkerbundsversammlung das wirksamste Mittel zur Durchführung wahrer internationaler Zusammenarbeit gefunden zu haben.

Mehr als ein Viertel des ganzen Berichts beschäftigt sich allein mit diesen Problemen, und wenn man die Verkehrsfragen hinzunimmt, von denen ein großer Teil dazu gehört, so steht der Anteil der wirtschaftlichen, finanziellen und Verkehrsfragen in dem Bericht des Generalsekretärs über die Gesamttätigkeit des Völkerbundes in diesem Jahre auf einem Drittel des Gesamtumfanges.

Deutsch-südafrikanischer Handelsvertrag

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

wbe **London**, 28. Juli

Zwei deutsche Regierungskommissare treffen morgen in Kapstadt ein, um mit der südafrikanischen Regierung einen deutsch-südafrikanischen Handelsvertrag auszuarbeiten und die deutschen Beschwerden über die Einwanderungs- und Ausschließungspolitik der Union in dem Mandatsgebiet Südwestafrika zu erörtern.

034